



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Plenartagung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Brüssel, den 28./29. Januar 2004

Rede von
Präsident Roger BRIESCH

"Halbzeitbilanz"

Es gilt das gesprochene Wort

Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Vor einem guten Jahr, im Dezember 2002, zwei Monate nach der Übernahme meines Amtes als Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, habe ich Ihnen ein Programm vorgelegt, in dem ich die Dinge benannt habe, die ich im Laufe meiner zweijährigen Amtszeit gerne realisiert sehen wollte.

Dabei habe ich vier prioritäre Aktionsfelder genannt, nämlich:

1. Optimierung der Rolle des Ausschusses als beratendes Organ für das Europäische Parlament, den Rat und die Kommission durch Intensivierung der Zusammenarbeit
2. Erhöhung der Repräsentativität und der Glaubwürdigkeit des EWSA als institutioneller Vertreter der Zivilgesellschaft
3. Ausbau der internen Mittel und Strukturen des Ausschusses
4. stärkere Präsenz des EWSA in der Debatte über die Zukunft Europas

Heute, zur Halbzeit meines Mandats, möchte ich eine Bilanz ziehen, um festzuhalten, was getan ist, und um in Erinnerung zu rufen, was in den nächsten Monaten noch zu tun ist.

Bevor ich den Stand der Dinge im Hinblick auf die vier Aktionsfelder untersuche, möchte ich jedoch eine allgemeine Bemerkung machen.

Insgesamt habe ich das Gefühl, dass der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss in den zurückliegenden Monaten ein gutes Erscheinungsbild abgegeben hat. Im Wesentlichen haben wir unsere Aufgaben in anständiger Weise erfüllen können. Ich möchte all denen danken, die dazu beigetragen haben, den Mitgliedern in ihren verschiedenen Zuständigkeitsbereichen innerhalb des Ausschusses ebenso wie den Beamten.

Doch haben sich leider einige Mitglieder des EWSA noch zu stark mit der Beteiligung an unseren Arbeiten zurückgehalten. Dies bedaure ich und spreche es daher hier an.

Ich kenne die Probleme, mit denen wir alle konfrontiert sind, die Schwierigkeiten in Zusammenhang mit unseren Verpflichtungen, die nicht immer leicht zu meistern sind. Und dennoch muss ich sagen, dass die Rechnung nicht immer stimmt. Daher wünsche ich mir für dieses Jahr ein stärkeres Engagement aller Mitglieder und natürlich auch des Sekretariats.

Unsere Sichtbarkeit und unsere Glaubwürdigkeit sowohl unter den Institutionen als auch unter den Organisationen, die wir hier vertreten, und in der Öffentlichkeit hängt davon ab.

Mit diesen wenigen, aber erforderlichen Bemerkungen möchte ich keine Plus- und Minuspunkte verteilen. Sie sind Ausdruck eines klaren Blicks auf unsere Funktionsweise in dem Bestreben, den EWSA hinsichtlich seiner Zielsetzungen zu korrigieren, sensibilisieren und mobilisieren und somit unseren Verpflichtungen und unserem Auftrag gerecht zu werden.

Nach dieser kritischen Note nun also zu dem, was geleistet ist und was noch zu leisten sein wird.

1. Optimierung der Rolle des Ausschusses als beratendes Organ für das Europäische Parlament, den Rat und die Kommission durch Intensivierung der Zusammenarbeit

Hier ging es zunächst darum, die Zielrichtung einer erforderlichen auf die Arbeiten des Ausschusses abgestimmten besseren Auswahl weiterzuverfolgen, wie sie das Präsidium im Oktober 2001 und Juli 2002 beschlossen hat.

Die entsprechenden Beschlüsse des Präsidiums wurden weitgehend umgesetzt. So sind wir mit der Auswahl der Themen für Initiativstellungen im letzten Jahr gut klargekommen. Und wir sind auch - wie wir uns das vorgenommen hatten - in der dafür eingesetzten Ad-hoc-Gruppe und im Präsidium mit der Verständigung über die Maßnahmen zur Innovation und Anpassung, die uns im Hinblick auf die Erweiterung notwendig erscheinen, weitergekommen und dürfen damit rechnen, dass wir die sich daraus ergebenden Änderungen der GO im Frühjahr verabschieden können.

Bei der Aufmachung unserer Stellungnahmen haben wir beachtliche Fortschritte gemacht, aber wir müssen weiterhin besondere Anstrengungen unternehmen, um unsere Stellungnahmen attraktiver zu gestalten. Und zwar, indem wir sie kurz halten und durch knappe und gut formulierte Zusammenfassungen sowie durch konkrete Änderungsanträge zu den Vorschlägen der Kommission leichter zugänglich, lesbar und interessant zu machen.

Im Übrigen bin ich sehr zufrieden, dass das Europäische Parlament (2), aber auch die italienische Präsidentschaft (3) und vor allem die Kommission (9) uns mit zahlreichen Sondierungsstellungen betraut haben. Die politische Resonanz der Sondierungsstellungen ist beachtlich, weil wir die Dinge in Bewegung bringen können. Allerdings verpflichtet uns das Vertrauen, das in den Ausschuss durch die Aufforderung zu einer Sondierungsstellung gesetzt wird, zu einem besonderen intellektuellen Engagement wie auch zu einer besonderen Disziplin des Verfahrens.

Ich möchte die gute Zusammenarbeit hervorheben, die sich gerade bei der Erarbeitung von Sondierungsstellungen mit der Kommission ergeben hat. Als Beispiel nenne ich die Konferenzen über die Rolle der Zivilgesellschaft im Prozess von Lissabon sowie die Arbeiten zur nachhaltigen Entwicklung'.

Ich hatte mir vorgenommen, solide und gute Beziehungen zu den wichtigsten Verantwortungsträgern auf den verschiedenen Ebenen zu unterhalten.

Wie Sie wissen, da ich Sie regelmäßig im Rahmen meiner Mitteilungen zu Beginn der Plenarsitzungen darüber unterrichtet habe, konnte ich im Laufe des letzten Jahres nicht nur den Präsidenten der Kommission, Romano Prodi, und die für die Beziehungen mit den Institutionen zuständige Vizepräsidentin, Loyola de Palacio, sondern auch mehrere Kommissare (Michel Barnier, Pascal Lamy, Chris Patten, Antonio Vittorino, Viviane Reding) zu eingehenden Gesprächen über unsere Zusammenarbeit und über gemeinsame Projekte treffen.

Neben den zahlreichen Treffen, insbesondere anlässlich der offiziellen Feierlichkeiten für die Erweiterung in Athen während des griechischen Ratsvorsitzes, habe ich auch vor und während der italienischen Präsidentschaft sehr enge und fruchtbare Kontakte mit Minister Rocco Buttiglione gehabt, den ich - ebenso wie Botschafter Umberto Vattani - mehrmals getroffen habe. Ebenso hat sich mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, Pat Cox, eine gute Beziehung entwickelt.

Meine Teilnahme als Beobachter gemeinsam mit den Kollegen Göke Frerichs und Annemarie Sigmund an den Arbeiten im Europäischen Konvent hat mir und meinen Kollegen in der Präsidentschaft bis zur Jahresmitte 2003 viele Gelegenheiten gegeben, die wir gut genutzt haben, mit europäischen und nationalen Abgeordneten sowie Regierungsvertretern ins Gespräch zu kommen und Beziehungen aufzubauen. Zu betonen ist in diesem Zusammenhang auch die aktive Teilnahme der stellvertretenden Beobachter Gianni Vinay, Jan Olsson, Giacomo Regaldo und Mario Sepi am Konvent sowie die aktive Unterstützung des Unterausschusses.

Meine Hoffnung aber, dass es gelingen würde, mit Rat und Parlament Partnerschafts- und Kooperationsvereinbarungen zu schließen, haben sich bisher nur teilweise erfüllt.

Hinsichtlich des Rats bleibt es grundsätzlich schwierig, aufgrund des Selbstverständnisses dieses Organs, Fortschritte zu erzielen. Wir können dennoch - wie sich während des italienischen Semesters gezeigt hat - durchaus einiges erreichen, wenn wir eine systematischere Zusammenarbeit mit den Regierungen des jeweiligen Vorsitzes des Rates der Europäischen Union anstreben. Im Laufe der nächsten Wochen und Monate werden wir uns in diesem Sinne um die irische Regierung bemühen, mit der wir schon frühzeitig in Kontakt getreten sind, wie wir auch jetzt schon mit der niederländischen Regierung, die den Stab im Juli übernehmen wird, Kontakt aufgenommen haben.

Auch hinsichtlich eines Protokolls über Partnerschaft und Zusammenarbeit mit dem Parlament sind keine Fortschritte zu verzeichnen. Trotzdem werden wir entschlossen bleiben, den vom Präsidium im Frühjahr 2002 verabschiedeten Aktionsplan zu verfolgen und die Kontaktaufnahme zum neuen Europäischen Parlament vorzubereiten.

In diesen Zusammenhang gehört auch unser Wunsch, punktuelle Kooperationsvorhaben mit den anderen Institutionen, Organen, Agenturen und Stiftungen der Union zu entwickeln. Dabei waren wir erfolgreich im Hinblick auf die Stiftung in Dublin, mit der unsere Beratende Kommission für den Industriellen Wandel, eine sehr interessante Konferenz durchführen konnte, und mit der eine kontinuierliche Kooperation verabredet ist.

Schwierig hat sich - aus vielfältigen Gründen - die Bemühung um eine systematische, politische Zusammenarbeit mit dem Ausschuss der Regionen gestaltet. Unsere Angebote sind praktisch ohne Echo geblieben. Ich will aber nicht aufgeben. Nachdem im Februar die neue Präsidentschaft des AdR im Amt ist, werden wir einen neuen Versuch unternehmen müssen, denn ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass beide Beratenden Ausschüsse, AdR und EWSA, sich gegenseitig ergänzen und politisch davon profitieren würden, wenn sie gegenüber den Organen der Union, ihre Anliegen gemeinsam vertreten.

Wie Sie wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, bin ich seit jeher sehr offen für die Fragen unserer Beziehungen und der Zusammenarbeit mit unseren Partnern in der Welt. Hier geht es nicht darum, besonderen Anliegen zu entsprechen, sondern teilzuhaben an den grundlegenden Aufgaben unserer Länder und der EU, die unsere Zukunft prägen werden. Diesen Bereich nicht in unser Konzept, in unsere Strategie und in unsere aufzunehmen, wäre nicht nur ein Fehler, sondern ein Vergehen. Schon jetzt hängt ein Großteil unserer Glaubwürdigkeit und unserer Bekanntheit von unseren Stellungnahmen und unserer Tätigkeit auf dieser Ebene ab, da sie den vorrangigen Anliegen der Politik der EU entsprechen. Deshalb habe ich es auch für besonders wichtig erachtet, im Laufe meiner Amtsperiode die Rolle des Ausschusses und seine Prioritäten im Bereich der Außenbeziehungen im Gesamtkontext der EU-Außenpolitik zu definieren.

Im operativen Bereich ging es mir darum, neben der Fortsetzung der Arbeit unserer Gemeinsamen Beratenden Ausschüsse mit den zukünftigen Mitgliedstaaten – deren Auftrag für die jetzt beitretenden Länder im Mai zu Ende geht - und der verschiedenen Konsultationsforen im Rahmen der AKP, des Mercosur oder des Dialogs mit den Anrainerstaaten des Mittelmeers im Rahmen der EU-Außenpolitik mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen der Drittländer die erforderlichen Kontakte zu knüpfen oder aufzunehmen und unser Engagement innerhalb der internationalen Vereinigung der Wirtschafts- und Sozialräte und vergleichbarer Einrichtungen (AICESIS) fortzusetzen.

Wir haben bei alledem beachtliche Fortschritte zu verzeichnen, wovon ich mich auch bei meinen Besuchen bei unseren Partnern in den verschiedenen Ländern sowie anlässlich der Teilnahme an den Konferenzen mit unseren Partnern überzeugen konnte. Auch die Zusammenarbeit mit dem Wirtschafts- und Sozialrat Chinas und mit unseren indischen Partnern hat sich sehr gut entwickelt. Hinzugekommen ist die Kooperation mit dem Rat für Soziale und Wirtschaftliche Entwicklung

Brasiliens, mit dem wir anlässlich des Besuchs von Minister Tarso Genro ein Partnerschaftsabkommen unterzeichnen konnten.

Um die Gesichtspunkte des EWSA besser zur Geltung bringen zu können und um zusätzliche Erkenntnisse zu gewinnen, habe ich darauf gedrängt, als Beobachter beim ECOSOC der UNO anerkannt zu werden und insbesondere eine Zusammenarbeit mit der ILO zu entwickeln. Auch in dieser Sache sind wir ein gutes Stück weitergekommen. Hierzu und zu dem hier angesprochenen Gesamtkomplex der Beziehungen und Zusammenarbeit mit den Wirtschafts- und Sozialräten auf europäischer und internationaler Ebene liegt dem Präsidium ein Vermerk vor, den wir auch mit dem Außenkommissar, Chris Patten diskutieren werden.

2. Erhöhung der Repräsentativität und der Glaubwürdigkeit des EWSA als institutioneller Vertreter der Zivilgesellschaft

In meiner Programmrede vom Dezember 2002 habe ich meiner Entschlossenheit Ausdruck gegeben, den Präsidiumsbeschluss vom Oktober 2001 baldmöglichst zur Anwendung bringen, der einen intensiveren Dialog mit den repräsentativen Organisationen der Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene ermöglicht. Die Ad-hoc-Gruppe, die im Frühjahr eingesetzt wurde, um das Problem zu studieren und Lösungsvorschläge zu machen, wird heute ihre letzte Sitzung durchführen, nachdem sie bereits im Dezember dem Präsidium über das zu erwartende Ergebnis berichtet hat. Ich bin davon überzeugt, dass wir auf der Grundlage des Berichts von Herrn Bloch-Lainé im Februar die richtigen Entscheidungen hierzu treffen werden, die wir anlässlich unserer Konferenz über die Perspektiven der partizipativen Demokratie und des zivilen Dialog im März unseren Partnern und der Öffentlichkeit vorstellen werden.

Die neue Verfassung der Union wird uns zu einem strukturierten zivilen Dialog einladen. Dafür müssen wir gerüstet sein. Für das Ansehen und die Handlungsfähigkeit des Ausschusses müssen wir unmissverständlich deutlich machen, dass wir uns diese Gelegenheit nicht entgehen lassen.

Eine sehr positive Erfahrung haben wir machen können mit der Fortsetzung der bereits unter der Präsidentschaft von Göke Frerichs begonnenen Serie der im Rahmen des Konvents veranstalteten Diskussions- und Informationstreffen. Wir sind damit noch nicht am Ende. Erst vorige Woche hat ein weiteres dieser Treffen mit den Vertretern der europäischen Organisationen und Netzwerke stattgefunden, von denen sehr viele unserer Einladung gefolgt sind. Als Gesprächspartner zu der Frage, wie es nach der vorläufig gescheiterten Regierungskonferenz weitergehen soll, stand wieder Jean-Luc Dehaene zur Verfügung.

Ich habe versprochen, die Forderungen der Organisationen und Netzwerke an den irischen Ratsvorsitz heranzutragen. Wir setzen auf den Realitätssinn und das Engagement dieses Vorsitzes, damit der Verfassungsentwurf endlich verabschiedet wird.

Ich betrachte diese Treffen ganz generell als eine gelungene Antizipation unserer zukünftigen Zusammenarbeit mit den europäischen Organisationen und Netzwerken der Zivilgesellschaft, der wir durch einen Beschluss auf der Grundlage des Berichts Bloch-Lainé eine systematische und kontinuierliche Form geben wollen. Es geht darum, die im Zusammenhang mit dem Konvent entwickelte Methode auszuweilen auf andere Bereiche auszudehnen.

Ob wir, und unter welchen Umständen wir eventuell - wie ich seinerzeit in Aussicht stellte, den repräsentativen Organisationen auf europäischer Ebene, die nicht im Ausschuss vertreten sind, die Möglichkeit einräumen, an der Ausarbeitung der Stellungnahmen mitzuwirken (Anhörungen, Einbeziehung in die Arbeiten, etc.) wird sich gewiss im Rahmen der strukturierten Zusammenarbeit erweisen, deren Formen und Regeln wir im Februar beschließen.

In diesem Zusammenhang hatte ich einen Versuch angekündigt, die Kriterien der Repräsentativität der Organisationen und Netzwerke der Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene klarzustellen und mit der Erarbeitung einer Stellungnahme zu dieser Frage der Repräsentativität und ggf. zu weiteren einschlägigen Aspekten beauftragt zu werden. Den Versuch werden wir unternehmen im Rahmen einer Initiativstellungnahme, die allerdings von der Kommission unterstützt wird. Die Arbeiten dazu haben begonnen. Annemarie Sigmund hat die Berichterstattung übernommen.

Ich hatte Sie auch darum gebeten, den repräsentativen Organisationen der Zivilgesellschaft die Möglichkeit zu bieten, die Infrastruktur des EWSA zu nutzen. Das ist inzwischen Praxis. Die Erfahrungen sind positiv.

Eine Erfolgsgeschichte ist auch die Entwicklung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den Wirtschafts- und Sozialräten und den Zivilgesellschaften auf nationaler oder regionaler Ebene innerhalb der Mitgliedstaaten. Mein Vorschlag, mit den nationalen WSR zusammenzuarbeiten, indem ihre Beiträge in einer Stellungnahme zu den Erfahrungen und Perspektiven des Lissabon-Prozesses einfließen, wird derzeit in die Praxis umgesetzt.

Als eines meiner wichtigsten Anliegen hatte ich die Notwendigkeit formuliert, die Konzertierung mit den europäischen Sozialpartnern zu vertiefen und in diesem Zusammenhang gemeinsam mit ihnen im Oktober 2003 eine großangelegte Konferenz zum Thema "Sozialer Dialog - ziviler Dialog: Abgrenzung und Komplementarität" zu veranstalten. Die Konferenz haben wir auf den März 2004 verschoben und wir haben ihr auch - im Einvernehmen mit den Partnern - einen anderen Titel gegeben, der nach den Erfahrungen der Verfassungsdebatte unser Anliegen präziser beschreibt: "Partizipative Demokratie: Stand und Perspektiven im Hinblick auf die EuropäischeVerfassung".

Dabei haben wir uns auch leiten lassen von den Erkenntnissen, die wir im Rahmen eines im Juni letzten Jahres mit der Studiengruppe "Notre Europe" von Jaques Delors und Herrn Delors persönlich durchgeführten Seminars zum Thema "Sozialer Dialog - ziviler Dialog" gewonnen haben.

Im übrigen haben erste, erfreuliche Kontakte mit der neuen Equipe des EGB stattgefunden, die zu vertiefen sein werden. Entsprechende Kontakte mit der neuen Equipe von UNICE werden wir aufnehmen.

3. Ausbau der internen Mittel und Strukturen des Ausschusses

Hier ging es und geht es zunächst einmal darum, die Ankunft und den herzlichen Empfang der neuen Mitglieder nach der Erweiterung vorzubereiten und die erforderlichen organisatorischen Entscheidungen (Sprachenregelung, Arbeitsmethoden, u.a.) zu treffen. Das alles ist angelaufen. Das Präsidium hat dazu im Dezember 2002 die notwendigen Entscheidungen getroffen, die das Sekretariat seitdem Zug um Zug umsetzt.

Wie wir es vorgesehen hatten, haben wir zu unserer Plenarsitzung im Mai die Vertreter der Zivilgesellschaft aus den neuen Mitgliedstaaten eingeladen und diese Übung im Dezember wiederholt.

Gleichzeitig galt es und gilt es, die Umzüge in die neuen Belliard-Gebäude zu bewerkstelligen. Auch das ist angelaufen, wenn auch der vor einem Jahr in Aussicht genommene Termin etwas nach hinten gerückt ist. Aber im Mai/Juni wird es soweit sein.

Im Bereich der konsultativen Funktion des EWSA ging es darum, die Tätigkeiten der Beratenden Kommission für den industriellen Wandel zu konsolidieren. Ich glaube, dass wir heute die Startphase im Wesentlichen als abgeschlossen betrachten können. Es hat sich dabei gezeigt, dass die während der letzten Mandatsperiode getroffene Entscheidung, die wir uns damals nicht leicht gemacht haben, richtig war. Der Ausschuss hat durch die BKIW gewonnen. Es kommt jetzt darauf an, die darin steckenden Möglichkeiten voll auszuschöpfen. Wir werden im Zuge der Erweiterung, wie dies schon in den Gründungsakten der BKIW vorgesehen war und auf Ersuchen der betroffenen Länder, ihre Themenstellung erweitern und die historisch bedingte Beschränkung auf den Kohle- und Stahlsektor überwinden.

Ich hatte das Ziel vorgegeben, ein Statut für die Mitglieder auszuarbeiten, und zwar rechtzeitig vor der Erweiterung. Das haben wir mit unserer Beschlussfassung im Dezember geschafft. Das neue Statut ist das Ergebnis eines langjährigen Reflexionsprozesses. Die drei Quästoren, die wir auf der Grundlage der neuen Geschäftsordnung aus dem Jahr 2002 ernannt und mit der Vorlage eines Entwurfs beauftragten, haben gute Arbeit geleistet.

Dagegen sind wir, wie nicht anders zu erwarten war, zu diesem Zeitpunkt noch einigermaßen weit entfernt von einem brauchbaren Finanzstatut für die Mitglieder. Wir haben in den letzten Monaten beobachten können, wie schwer sich das Europäische Parlament getan hat, sich für seine Abgeordneten auf ein entsprechendes Statut zu verständigen, und dass es nicht gelungen ist, die Zustimmung des Rates für den Vorschlag des Parlaments zu bekommen. Obwohl es offenkundig ist,

dass innerhalb des Ausschusses unterschiedliche Standpunkte vertreten werden – die ich im Gegensatz zu der Einstellung, alles beim Alten zu belassen, durchaus nachvollziehen kann – werden wir daraus unsere Lehren ziehen müssen.

Auf einer anderen Ebene liegt unsere Entschiedenheit, die Modernisierung der Dienste und ihrer Arbeitsmethoden voranzutreiben. Das Sekretariat ist dabei, die entsprechenden Beschlüsse des Präsidiums Zug um Zug umzusetzen.

Um einen Akt der Modernisierung ging es mir auch, als ich vorschlug, die Tätigkeit des Präsidiums transparenter zu gestalten. Haben wir dabei Fortschritte gemacht? Ja, wenn auch vielleicht allzu schüchterne Fortschritte.

Meine Absicht wenigstens, dem Plenum regelmäßig Bericht zu erstatten, und Sie insbesondere auch über die den Ausschuss betreffenden politischen Entwicklungen zu informieren, habe ich verwirklicht.

Wir wollten auch unseren Haushaltsplan umstrukturieren und unsere Ausstattung an Human- und Finanzressourcen an die erweiterten Aufgaben unseres Ausschusses anpassen. Darum haben wir uns im Rahmen der Diskussion um den Haushalt 2004 intensiv bemüht, wobei unsere Ad-hoc-Gruppe "Erweiterung" sich bleibende Verdienste erworben hat. Leider ist uns die Haushaltsbehörde nicht in allem gefolgt, sodass das Ergebnis etwas hinter den Notwendigkeiten zurückbleibt – aber das müssen wir wohl hinnehmen.

Mein letzter Punkt betreffend die Mittel und internen Strukturen, die wir brauchen, um eine gute Arbeit zu machen, betraf die Fortsetzung unserer Bemühungen um die Entwicklung einer aktiven und systematischen Kommunikations- und Informationsstrategie, mit der die Sichtbarkeit und somit die Resonanz der Arbeiten des Ausschusses erhöht werden können.

Hier ging es im Wesentlichen darum, den vom Präsidium im Jahr 2001 verabschiedeten Kommunikationsplan umzusetzen. Das ist geschehen. Im Juli 2003 hat das Präsidium einen revidierten Aktionsplan verabschiedet. Wir sind dabei, diesen umzusetzen, worüber die Kommunikationsgruppe wacht, die eine vorzügliche Arbeit leistet.

4. Stärkere Präsenz des EWSA in der Debatte über die Zukunft Europas

Hier war meine erste Forderung, dass die Rolle des Ausschusses vom Konvent und der nächsten Regierungskonferenz anerkannt und seine beratende Funktion gestärkt werde. Wir haben in dieser Hinsicht Fortschritte erzielt. Wenn auch nicht unsere Blümenträume gereift sind, so enthält der Verfassungsentwurf (z.B. in den Dispositionen betreffend die partizipative Demokratie) ein Potenzial, das sehr positive Möglichkeiten für eine bedeutende Rolle des Ausschusses in der Zukunft nach sich

ziehen wird. Der Bericht unseres Kollegen, Henri Malosse, über die Ergebnisse des Konvents ist in diesem Zusammenhang sehr interessant und wird uns weiterhin als Referenzdokument dienen.

Dieser Bericht ist eine Bestätigung dafür, dass wir anwesend waren und uns aktiv und konstruktiv an den Diskussionen über die Zukunft Europas beteiligt haben.

Heute haben wir leider Grund zur Enttäuschung. Denn die Regierungskonferenz hat trotz allem begonnen, den Verfassungsentwurf zu verwässern, den wir befürwortet hatten. Die Regierungskonferenz im Dezember ist gescheitert, weil einige Regierungen lediglich ihre nationalen Interessen verfolgt haben. Und das Scheitern weist uns die schnell erreichten Grenzen der diplomatischen Methode auf, wenn es um die Ausarbeitung eines Entwurfs für die Zukunft Europas geht. Es ist Ausdruck eines fehlenden kollektiven Willens, das gemeinsame europäische Interesse den nationalen Interessen voranzustellen. Nur ein demokratischer Prozess, der den vom Konvent erarbeiteten Verfassungsentwurf hervor brachte, erlaubt es, die europäische Integration voranzubringen und dem europäischen Projekt mehr Legitimität zu verleihen.

Gleichwohl ist keine Einigung immer noch besser als ein fauler Kompromiss.

Als institutionelle Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft haben wir die Pflicht, die Regierungen und Diplomaten daran zu erinnern, dass sie auf dem vom Konvent vorgezeichneten Weg bleiben sollten. Wir erwarten von allen Staats- und Regierungschefs, dass sie echten Willen zur Integration zeigen, wie es die meisten Bürger wollen, die grundsätzlich eine europäische Verfassung befürworten und die sich mehrheitlich, wie aus der jüngsten Eurobarometer-Umfrage hervorgeht, für die europäische Integration mehr Schwungkraft wünschen.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen,

als ich vor fünfzehn Monaten mein Amt angetreten habe, habe ich mir zur Aufgabe gemacht, einerseits die grundsätzlichen Optionen der vorangegangenen Mandatsperioden fortzusetzen, und andererseits vorwärts zu kommen und Innovationsgeist zu beweisen.

Als prioritäre Themen hatte ich genannt: Wahrung und Entwicklung des europäischen Sozial- und Gesellschaftsmodells; Koordinierung der Wirtschaftspolitiken; Beteiligung der Zivilgesellschaft und ihrer Organisationen am öffentlichen Meinungsbildungsprozess, an der Gesetzgebung und ihrer Umsetzung.

Dabei habe ich einen besonderen Akzent setzen wollen auf die Stärkung der Funktion und Rolle des EWSA, seine institutionelle Stellung im Vergleich zu den gesetzgebenden und ausführenden Organe der Union aber auch gegenüber dem Ausschuss der Regionen und den europäischen Verbänden der Sozialpartner, um die Rolle als institutionelles Forum zur Vertretung und Information und als Sprach-

rohr der organisierten Zivilgesellschaft überzeugend wahrzunehmen und den Vertretern der wirtschaftlichen, sozialen und zivilen Organisationen zu ermöglichen, fest in den Prozess der Politikgestaltung und der Entscheidungsfindung auf Gemeinschaftsebene eingebunden zu werden.

Es steht außer Frage, dass wir diese Bilanz mit entsprechenden Anstrengungen noch verbessern können. Doch sprechen die erzielten Ergebnisse von einem unbestreitbaren Erfolg. Ich glaube, dass wir alle dank unseres gemeinsamen Handelns, unserer Initiativen und Entscheidungen insgesamt das getan haben und das erreicht haben, was wir uns vorgenommen hatten.

Auf diesem Wege wollen wir fortfahren und dabei auch noch das nach bestem Wissen und Gewissen erledigen, was noch darauf wartet, erledigt zu werden.
